

Kostentransparenz

Was steckt im Preis unserer Lebensmittel und was kosten sie uns wirklich?



Der Ernährungsrat Wien setzt sich für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Ernährungssystems für Wien ein, das auf Gerechtigkeit, Miteinander und Vielfalt basiert. Unsere Vision: Gutes Essen für alle, nahrhaft, gesund, lokal und kulturell angemessen und nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt produziert.

Um dieses Ziel zu erreichen, beschäftigen wir uns mit Themen rund um unser Essen und unsere Ernährung, so auch mit dem Thema Kostentransparenz¹. Konkret leitet uns in diesem Positionspapier die Frage, inwieweit Kostentransparenz zu einem gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Ernährungssystem beitragen kann. Ebenso wichtig ist, ob und wodurch die derzeitige Intransparenz eine Barriere für einen Wandel darstellt und wie diese überwunden werden könnte.

In der öffentlichen Diskussion wird die Frage nach den tatsächlichen Kosten von Lebensmitteln oft verkürzt dargestellt. Sie konzentriert sich auf Verkaufspreise, ohne die komplexen Zusammenhänge der Lebensmittelproduktion zu erfassen. Denn was steckt im Preis, den Konsument*innen für Lebensmittel bezahlen? Welche Kosten bleiben unberücksichtigt? Wie setzen sich die Preise für Lebensmittel überhaupt zusammen? Und wer bezahlt die Kosten, die derzeit keine Berücksichtigung im Preis finden?

Ein Versuch der Kostentransparenz

Die Berechnung sogenannter *externer Kosten* ist ein Versuch, zur Kostenwahrheit zu kommen und so Transparenz in das Lebensmittelsystem zu bringen. Sie kann aufzeigen, wo die Kluft zwischen bezahltem Preis und tatsächlichen Kosten besonders groß ist und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Sie kann die Umsetzung zielgerichteter, konkreter Maßnahmen unterstützen.

Jene Faktoren oder Auswirkungen der Wertschöpfungskette, die Kosten für die Umwelt oder die Gesellschaft verursachen (oder umgekehrt auch Leistungen erbringen wie z. B. Landschaftspflege), aber keine Berücksichtigung im Preis des Lebensmittels finden, können als externe Kosten bezeichnet werden. Denken wir an den Ressourceneinsatz und die Umweltfolgen der landwirtschaftliche Produktion: Je nach Wirtschaftsweise werden natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft, nicht erneuerbare Rohstoffe wie Phosphor etc. verbraucht oder beeinträchtigt. Zusätzlich wird dabei zumeist in die „saubere“ Umwelt emittiert. Im Marktpreis für Lebensmittel sind die dadurch entstehenden gesellschaftlichen Kosten nicht inkludiert. Da keine angemessenen Kompensations- oder Ausgleichszahlungen² vorgesehen sind, führt dies zu Verzerrungen des Preises sowie des Marktes. Die Kosten hat die Gesellschaft zu tragen, sei es über Steuern oder Gesundheitskosten oder auch durch Wohlfahrtseinbußen. Mitunter verursachen „billige“ Produkte überproportional hohe versteckte, externe Kosten.

Entlang der Wertschöpfungskette kann eine Vielzahl an unterschiedlich stark wirkenden Faktoren identifiziert werden, die in der derzeitigen Preisgestaltung keine Berücksichtigung finden. Beispielsweise:

- natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft, die für die Produktion unseres Essens verwendet werden

¹ Expert*innen-Gespräche sowie eine umfassende Literaturrecherche haben zu dieser kompakten Darstellung des Themas beigetragen. Bei Interesse an weiterführender Literatur oder Fragen zu einzelnen Aspekten bitten wir um Kontaktaufnahme unter <https://ernaehrungsrat-wien.at/kontakt/>

² Landwirtschaftliche Förderungen stellen zwar den Versuch an auszugleichen, sind aber unserer Ansicht nach in ihrem Ausmaß und ihrer Zielsetzung zu wenig, um die tatsächlichen Kosten zu kompensieren und werden zudem von der Allgemeinheit getragen.

- negative Auswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion auf unsere natürliche Umwelt wie Bodendegradation, Biodiversitätsverluste, Emissionen und in weiterer Folge der Klimawandel. Ein Beispiel dafür sind die Kosten für die Grundwasseraufbereitung, wenn Nitrat durch den Düngemittelsatz in der Landwirtschaft die Wasserqualität beeinträchtigen und über spezielle Aufbereitungssysteme die Trinkwasserqualität wieder hergestellt werden muss³.
- Emissionen durch den Energieaufwand in Verarbeitungsbetrieben, bei der Produktion von Düngemitteln oder für den Transport
- gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen für Arbeiter*innen, beispielsweise Fehler im Umgang mit Pestiziden oder Düngemitteln (insbesondere im globalen Kontext) oder auch psychische Belastungen, beispielsweise durch Stress oder Arbeitszeiten, schwierige Arbeitsbedingungen oder auch ökonomischen Druck
- gesundheitliche Folgen einseitiger und nicht bedarfsgerechter Ernährungsgewohnheiten wie Übergewicht und damit assoziierter Krankheiten und somit Kosten für das Gesundheitssystem
- Entsorgung von und Umgang mit nicht konsumierten Lebensmitteln sowie des Verpackungsmaterials

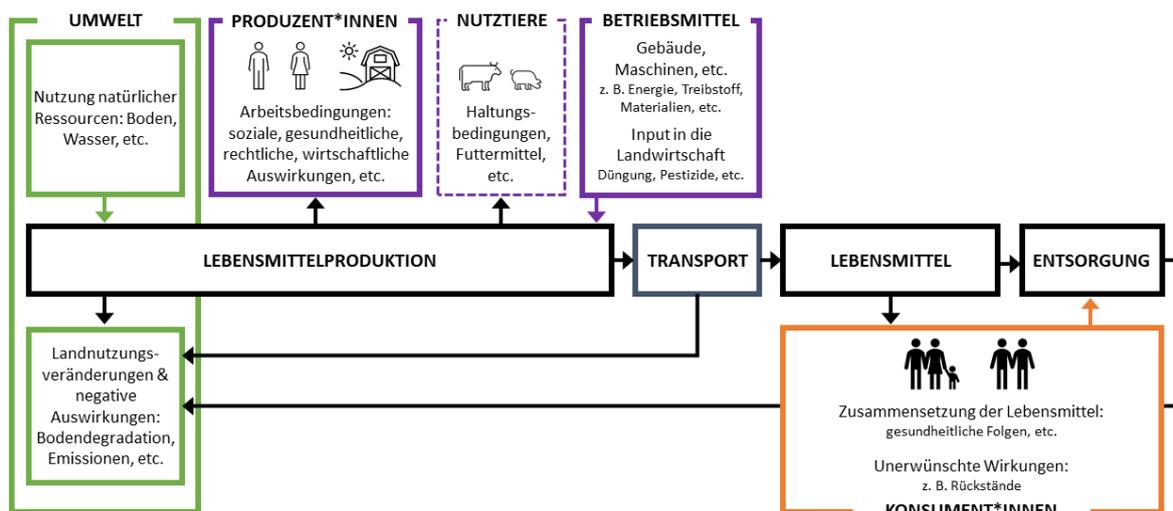


Abbildung 1: Vielfältige Faktoren wirken entlang der Wertschöpfungskette unserer Lebensmittel. Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit (so sind beispielsweise auch Subventionen hier nicht abbildbar) und dient vorrangig zur Veranschaulichung der Komplexität von Ernährungssystemen.⁴ Quelle: eigene Darstellung.

Dadurch wird begünstigt, dass einerseits Lebensmittel mit hohen externen Kosten für Umwelt, Mensch und Tier zu günstigen Preisen für Konsument*innen verfügbar sind. Andererseits werden Lebensmittel, die unter Produktionsbedingungen erzeugt werden, die sorgsam(er) mit Umwelt und Menschen umgehen, teurer verkauft. Den wahren Preis bezahlen letztlich wir alle, jedoch in sehr unterschiedlicher Höhe, je nach individueller sozioökonomischer und geographischer Position. Verfügen Menschen über mehr Geld, so können sie sich beispielweise besser vor Wetterextremen schützen, die durch den Klimawandel verursacht werden, als Menschen, deren finanzielle Mittel sehr knapp sind. Je mehr Faktoren in die Kostenberechnung aufgenommen werden, desto zielgerichteter können die externen Kosten den tatsächlichen Verursacher*innen, und nicht der Allgemeinheit, zugeschrieben werden. Die fehlende Berücksichtigung dieser Kosten und die daraus entstehende (Über-)Nutzung vor allem endlicher Ressourcen ist daher nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unseres Ernährungssystems.

³ Podcast EU-Agrarpolitik - verspielte Chance für Klima- und Umweltschutz? (2/2) Beispiel aus dem Interview mit Tom Waitz, <https://open.spotify.com/episode/0uM0wAZSWDqoED3T0wJ9ky>

⁴ Eine alternative, systemische Darstellung findet sich beispielsweise im Agrar Atlas 2019 Seite 43. Online: <https://www.global2000.at/sites/global/files/Agrar-Atlas-2019.pdf>

Internalisierung externer Kosten

In einem Versuch, **Umweltfolgekosten** zu berechnen (vgl. Pieper et al 2020⁵) wurde gezeigt, dass biologisch hergestellte Lebensmittel in der landwirtschaftlichen Produktion geringere externe Kosten (z. B. Umweltschäden) verursachen als vergleichbare konventionelle Produkte. Konventionell hergestellte Fleischprodukte haben die höchsten externen Effekte, was bei einer Berücksichtigung im Preis zu einer relativen Preiserhöhung von fast 150 % führen würde. Dahinter folgen Milchprodukte konventioneller Herstellung mit fast 100 %. Im Gegensatz dazu verursachen pflanzliche Lebensmittel biologischer Produktionsweise externe Effekte, die sich lediglich mit 6 % niederschlagen.

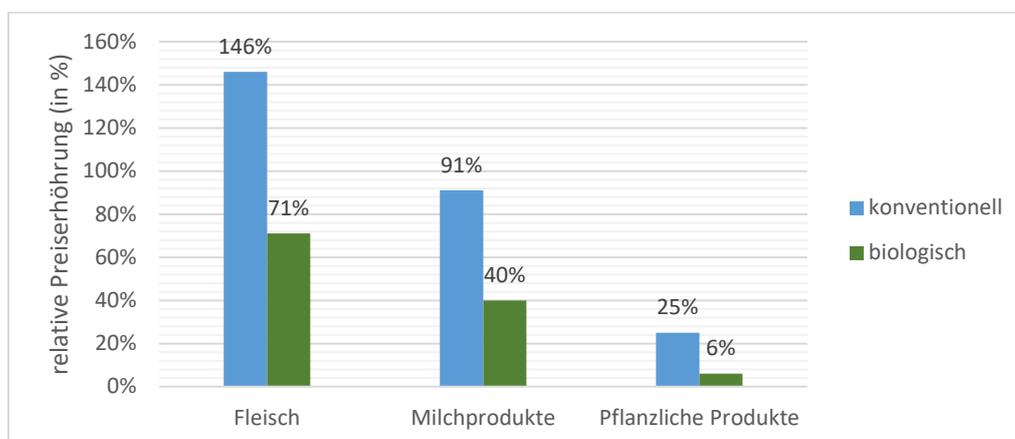


Abbildung 2: Relative Preiserhöhung (in Prozent) durch die Internalisierung externer Kosten, jeweils für Fleisch, Milchprodukte und pflanzliche Produkte, unterschieden nach konventioneller und biologischer Produktionsweise. (Quelle: eigene Darstellung, Daten: Pieper et al 2020⁶)

Auch **Gesundheitsfolgekosten**, die durch schlechte Ernährung oder die Zusammensetzung von Lebensmitteln entstehen können, finden derzeit keine Berücksichtigung im Preis. Laut österreichischem Ernährungsbericht (2017)⁷ sind 41 % der untersuchten Erwachsenen (18 bis 65 Jahre) und 21 bis 30 % der Schulkinder übergewichtig bzw. adipös⁸. Dadurch entstehen nicht nur direkte Kosten für das Gesundheitssystem, sondern auch Kosten durch häufigere Arbeitsausfälle oder vorzeitigen Tod, beispielsweise bedingt durch (chronische) psychische oder physische Erkrankungen.

Neben der Einbeziehung von externen Kosten durch Produkt-Preisaufschläge können auch Steuern, Gebühren oder Abgaben zur Internalisierung von externen Kosten dienen und direkte Preissignale senden. Auch die Farm to Fork-Strategie der Europäischen Union beschreibt das als Möglichkeit, um die realen Kosten unserer Lebensmittel widerzuspiegeln.⁹ Dies kann zudem beeinflussen, wer für die externen Kosten bezahlt. Die

⁵ Pieper, M., Michalke, A., Gaugler, T. (2020): Calculation of external climate costs for food highlights inadequate pricing of animal products. Nature Communications 11 (6117).

⁶ Pieper, M., Michalke, A., Gaugler, T. (2020): Calculation of external climate costs for food highlights inadequate pricing of animal products. Nature Communications 11 (6117).

⁷ Department für Ernährungswissenschaften der Universität Wien (2017): Österreichischer Ernährungsbericht. Online: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=528> (18.11.2020)

⁸ laut österreichischem Gesundheitsportal, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Öffentliches Gesundheitsportal Österreichs: Übergewicht bei Kindern und Erwachsenen stark verbreitet. Online: <https://www.gesundheit.gv.at/aktuelles/archiv-2017/ernaehrungsbericht-2017#:~:text=21%20bis%2030%20Prozent%20der,Erwachsenen%20dürfte%20sie%20gleich%20> (18.11.2020)

⁹ Anmerkung der Farm to Fork-Strategie der Europäischen Union, Seite 15: „Auch steuerliche Anreize sollten den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem vorantreiben und die Verbraucher dazu bewegen, sich für eine nachhaltige und gesunde Ernährung zu entscheiden. [...] Die Steuersysteme der EU sollten auch darauf abzielen, dass der Preis verschiedener Lebensmittel ihre tatsächlichen Kosten in Bezug auf die Nutzung endlicher natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung,

Besteuerung von Lebensmitteln mit beispielsweise hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt kann auf eine Verhaltensänderung der Konsument*innen oder der Verarbeitungsbetriebe abzielen. Es konnte beobachtet werden, dass die Einführung derartiger Steuern in anderen Ländern wie beispielsweise in Großbritannien starke Impulse zur Veränderung der Rezeptur setzen konnte und Hersteller die Zuckermengen in Getränken stark senkten¹⁰. Konsumentenschützer*innen raten davon ab, auf kurzfristige Verhaltensänderungen der Konsument*innen zu fokussieren und fordern, die Verursacher*innen zur Verantwortung zu ziehen. Weiters fordern sie eine Anpassung bestehender Subventionssysteme wie beispielsweise die Exklusion zuckerhaltiger Milchprodukte aus der Schulmilchaktion.

Kostentransparenz als Grundlage der Veränderung

Die Berücksichtigung externer Kosten kann die negativen Auswirkungen unseres aktuellen Agrar- und Ernährungssystems sichtbar machen und positive Veränderungen anstoßen. Die monetäre Bewertung von öffentlichen Gütern wie Wasser oder Biodiversität birgt jedoch auch die Gefahr der Akzeptanz negativen Verhaltens (über eine Art des "Freikaufens") und den Rückzug aus dem gesellschaftlichen Diskurs. Vieles lässt sich außerdem nicht so ohne weiteres bepreisen: Welchen Preis legen wir beispielsweise für saubere Luft oder intakte Erholungsgebiete fest? Können wir uns als Gesellschaft auf Rahmenbedingungen verständigen und Veränderungen daraus ableiten und umsetzen, ohne auf eine monetäre Bewertung zurückzugreifen? Denn auch wenn es möglich wäre, alle externen Kosten zu erfassen, zu berechnen und im Preis der Lebensmittel darzustellen, bliebe offen, ob sich das bestehende Agrar- und Ernährungssystem dann tatsächlich in die Richtung und in dem Ausmaß entwickeln würde, wie wir es dringend brauchen.

Derzeit werden mangels wirksamer Sozialpolitik günstige Lebensmittel sowie die Stützung von Sozialmärkten oder Tafeln forciert. Dadurch wird das Problem der Armut nicht an der Wurzel gepackt, vielmehr werden Ungleichheiten verfestigt¹¹. Der Status Quo unserer Überproduktions-Gesellschaft wird erhalten. Diese strukturell etablierte Überproduktion und der Preisdruck, der die sorgsame und ausreichende Produktion von Lebensmitteln erschwert, sorgen wiederum dafür, dass die Produktionskosten bei niedrigen Verkaufspreisen nur schwer gedeckt werden können. Vor allem, da zwischen Produktion und Konsum einige Akteur*innen ihren (unverhältnismäßigen) Anteil am Gewinn einfordern.

Diese komplexen Zusammenhänge verlangen veränderte Rahmenbedingungen, um das Angebot so zu gestalten, dass es einfacher wird, Lebensmittel zu wählen, die gleichzeitig die beste Wahl für die individuelle Gesundheit und unsere Umwelt sind.

Positionen & Forderungen

Um die Wahl für die besten Lebensmittel zur einfachsten Wahl zu machen, wird eine Vielfalt an Maßnahmen notwendig sein: Steuernde Eingriffe, die Agrarsysteme mit hohen negativen Auswirkungen weniger attraktiv machen und Systeme mit positiven Effekten fördern (Umgestaltung der Subventions- sowie Besteuerungssysteme) sowie umfassende Programme, um vorteilhafte Konsummuster zu stärken. Unverzichtbar sind zudem Investitionen in innovative Bildungsprogramme, die Handlungsräume aufzeigen und Menschen ermächtigen, selbstbestimmte Bürger*innen statt passiver Konsument*innen zu sein. Um sozialer

Treibhausgasemissionen und andere externe Umwelteffekte widerspiegelt." Online:
https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf

¹⁰ Scarborough, P., Adhikari, V., Harrington, R.E., Elhussein, A., Briggs, A., Rayner, M., Adams, J., Cummins, S., Penney, T., White, M. (2020): Impact of the announcement and implementation of the UK Soft Drinks Industry Levy on sugar content, price, product size and number of available soft drinks in the UK, 2015-19: A controlled interrupted time series analysis. *PLoS Med* 17(2).

¹¹ vlg. Selke, S. (2013): Was tun? Etwas tun: Bedingungen guter Armutsbekämpfung. Vortrag am Zentrum für Ethik und Armutsforschung, Universität Salzburg am 05. November 2013. sowie Expertengespräch mit Stefan Selke.

Ungleichheit entgegenzuwirken, ist zudem zielgerichtete Sozialpolitik statt fremdbestimmter Lebensmittelgaben der "Reste" unserer Konsumgesellschaft an Armutsbetroffene notwendig. Menschenrechtsgeleitete Maßnahmen müssen Almosen ablösen, sodass niemand vom Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ausgeschlossen wird.

a) Maßnahmen für mehr Transparenz: für die Minimierung und gerechtere Verteilung von Folgekosten

Um mehr Transparenz in Agrar- und Ernährungssysteme zu bringen und die Minimierung sowie gerechtere Verteilung der Folgekosten zu erreichen, fordern wir eine gemeinsame Anstrengung aller beteiligter Akteur*innen. Ein zentraler Hebel für mehr Kostentransparenz ist der Wille, auf politischer Ebene eben diese Transparenz einzuführen und die handelnden Akteur*innen in die Verantwortung zu nehmen. Auch wenn auf städtischer Ebene nur einzelne Maßnahmen umsetzbar sind, soll darüber hinaus Druck auf übergeordnete politische Strukturen aufgebaut werden, um Änderungen herbeizuführen. Nicht zuletzt legen ökonomische Überlegungen eine proaktive Herangehensweise nahe, da Nicht-Handeln in Zusammenhang mit den negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit weit höhere Kosten für die Gesellschaft nach sich ziehen kann.

Wir fordern daher die Schaffung eines wirksamen gesetzlichen Rahmens, der Unternehmen für ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt entlang der Lieferkette zur Verantwortung zieht, wie es durch ein Lieferkettengesetz¹² möglich würde. Das ist besonders im Kontext globaler Handelsstrukturen wichtig.

Konsument*innen dürfen zudem nicht weiter allein für die negativen Auswirkungen ihres Konsums in komplexen intransparenten Systemen verantwortlich sein. Daher darf die Forderung nach mehr Kostentransparenz jedenfalls nicht die Verantwortung und den (finanziellen) Mehraufwand auf Konsument*innen schieben, um staatlich reglementierende Eingriffe in die Systeme, wie etwa die Definition von Umweltauflagen, abzuwehren und an bestehenden Praktiken festhalten zu können. Konsument*innen-Souveränität setzt gut informierte Menschen voraus, die über Produktionsbedingungen, Verarbeitung, Zubereitung, globale Handelsstrukturen etc. Bescheid wissen und sich in der Komplexität des Agrar- und Ernährungssystems problemlos zurechtfinden. Davon ist vorerst einmal nicht auszugehen.

Auf nationaler sowie städtischer Ebene muss das Subventionssystem dahingehend verändert werden, dass Produktionsweisen mit hohen negativen Folgekosten nicht mehr gefördert, sondern die öffentlichen Gelder für umweltfreundliche Praktiken vergeben werden. Beispielsweise kann die Vergabe von Investitionsförderungen an die Umstellung auf biologische Landwirtschaft gekoppelt werden. Hohe Umweltauflagen und dadurch entstehende höhere Produktionskosten können durch Lebensmittelimporte aus Ländern mit geringe(re)n Auflagen zu Problemverlagerung und Wettbewerbsverzerrungen führen. Daher wird ein qualifizierter Marktzugang gefordert, der für importierte Produkte gleiche Regeln wie für Produkte aus europäischer bzw. heimischer Produktion vorsieht (siehe dazu auch Lieferkettengesetz).

Auf Produktebene ist das Besteuerungssystem so umzugestalten, dass gesundheitsfördernde Lebensmittel wie beispielsweise frisches Obst und Gemüse mit einem geringeren Steuersatz belastet werden als z. B. fettige Chips und gezuckerte Getränke.

Durch ausgedehnte interdisziplinäre Forschung, die es international, aber auch im Wien- bzw. Österreich-Kontext zu unterstützen gilt, können weitere effektive Wege hin zu mehr Transparenz aufgezeigt werden.

b) Kürzere Ketten, höhere Transparenz

Je entkoppelter die Lebensmittelproduktion von Endkonsument*innen ist, desto höher ist auch die Intransparenz. Das ergibt sich einerseits daraus, dass zunehmend komplexe Produktionsprozesse für

¹² Informationen zum Lieferkettengesetz unter <https://www.nesove.at/menschenrechte-brauchen-gesetze/>

Konsument*innen kaum nachvollzogen werden können. Es ergibt sich auch daraus, dass wegen der räumlichen Trennung das Wissen über die Produktion(-sbedingungen) fehlt. Andererseits sind in langen Produktions- und Lieferketten die einzelnen internalisierten, aber auch die externen Effekte weniger leicht nachvollziehbar. Findet jedoch Landwirtschaft in der Nähe unseres Wohnortes statt, haben wir die Möglichkeit, diese selbst zu erleben und zu beobachten, unter welchen Bedingungen produziert wird. Der Verarbeitungsgrad der Lebensmittel trägt zudem wesentlich zur Transparenz in Bezug auf gesundheitliche Folgekosten bei. Die Zubereitung verarbeiteter Produkte unterscheidet sich mitunter gravierend von jener der frischen Lebensmittel in der eigenen Küche, wodurch die Zusammensetzung der Produkte schwer greifbar wird. Wird beispielsweise aus Zeitgründen auf (Halb-)Fertigprodukte zurückgegriffen, muss die Produktzusammensetzung für Konsument*innen einfach verständlich und leicht ersichtlich sein.

Durch kurze Lieferketten wird somit Transparenz leichter umsetzbar und durch Konsument*innen einforderbar. Diese sind wiederum nur in der regionalen, stadtnahen Landwirtschaft möglich. Daher fordern wir den Erhalt und die Diversifizierung der regionalen Lebensmittelproduktion sowie einen Ausbau des Angebots regionaler Produkte im Winter und Frühjahr. Denn regionale Lebensmittelversorgung ist ganzjährig möglich, auch in Wien!

Wie auch im [Positionspapier Stadtlandwirtschaft- und Raumplanung¹³](#) thematisiert, umfasst dies unter anderem die Forderung nach einem Recht auf Grünraum und Flächenwidmung für die essbare Stadt. Entsprechend soll der *agrарstrukturelle Entwicklungsplan der Stadt Wien* um darauf abzielende Aspekte erweitert werden.¹⁴

c) Ausbau der biologischen Landwirtschaft fördern

Da durch eine ökologische Landwirtschaft geringere externe Effekte und somit geringere Folgekosten für Umwelt und Gesundheit entstehen, fordern wir den Ausbau der biologisch bewirtschafteten Betriebe und Flächen in und um Wien. Insbesondere erprobte Konzepte wie „Market Gardening“¹⁵, mit denen auch auf kleinen Flächen hohe Erträge erzielt werden können, sollen zur Anwendung kommen und gefördert werden. Laut Grünem Bericht 2020¹⁶ werden in Wien aktuell 27 % der Betriebe und 33,5 % der landwirtschaftlichen Flächen biologisch bewirtschaftet. Die Erhöhung dieser Anteile ist wünschenswert, ebenso auch die derzeit von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Förderungen für die Umstellung von konventioneller auf biologische Landwirtschaft. Unterstützungsangebote sollten jedenfalls erhalten und ausgebaut werden.

Das an Wien angrenzende Umland sollte von der Stadt Wien als wertvolle Möglichkeit zur Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erkannt und dementsprechend in die Planung und Förderung aufgenommen werden. Die biologische Bewirtschaftung der Flächen ist auch im Umland Wiens sowie in ganz Österreich zu unterstützen und durch entsprechende Fördermöglichkeiten (siehe ÖPUL¹⁷, etc.) zu forcieren.

Durch den verstärkten Einsatz von Bio-Lebensmitteln in der öffentlichen sowie privaten Gemeinschaftsverpflegung soll zudem ein positiver Anreiz in Richtung biologischer Lebensmittelproduktion geschaffen werden. Direkte Kooperationen zwischen Großküchen-Betreiber*innen und Bioproduzent*innen in und um Wien stellen einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Die Kontaktvermittlung sowie der Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen soll dabei aktiv durch die Stadt unterstützt werden. Dies kann beispielsweise durch Vernetzungs-Veranstaltungen oder den Aufbau von Vernetzungs-Plattformen geschehen.

¹³ Ernährungsrat Wien (2020): Positionspapier Stadt-Landwirtschaft und Raumplanung. Online. https://ernaehrungsrat-wien.at/wp-content/uploads/3_PP_StadtLandwirtschaft-und-Raumplanung_ERW_V1-1.pdf

¹⁴ Siehe genauere Beschreibung im Positionspapier Stadt-Landwirtschaft und Raumplanung.

¹⁵ Informationen zum Konzept „Market Gardening“ beispielsweise in der Biogemüsefibel 2020. Online: https://www.bionet.at/fileadmin/bionet/documents/biogemuesefibel_2020_web.pdf

¹⁶ Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (2020): Grüner Bericht 2020. Die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Online: <https://gruener.bericht.at/cm4/jdownload/send/2-gr-bericht-terreich/2167-gb2020>. (18.11.2020)

¹⁷ Näheres zum Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) unter: https://www.bmlrt.gv.at/land/laendl_entwicklung/oeapul/oeapul2015.html

An dieser Stelle sei zudem auf das [Positionspapier Gemeinschaftsverpflegung¹⁸](#) verwiesen, das sich eingehend mit diesem Thema beschäftigt.

d) Anteil der tierischen Produkte in der Ernährung verringern

Wie die Berechnungen der Umweltfolgekosten (nach Pieper et al 2020)¹⁹ ergeben haben, wirkt sich die Erzeugung von Produkten tierischen Ursprungs im Vergleich zu pflanzlichen Lebensmitteln wesentlich stärker negativ auf die Umwelt aus. Insbesondere bei der Produktion von Fleisch, aber auch im Bereich der Milchviehhaltung fallen hohe externe Kosten an, weshalb eine Verringerung des Konsums von tierischen Produkten forciert werden muss. Auf städtischer Ebene soll dabei von öffentlichen Einrichtungen ein Vorbild geschaffen werden.

Wir fordern daher, dass in öffentlichen Kantinen der Anteil pflanzlicher Gerichte auf mindestens 75 % (aller Gerichte pro Woche) bis 2025 erhöht wird (mit definierten Ausnahmen, beispielsweise falls in Krankenhäusern medizinisch bedingt spezielle Diäten erforderlich sind). Durch ein reduziertes Fleischangebot, beispielsweise nur an speziellen Tagen wie z. B. an Sonn- und Feiertagen, können einerseits die Wahrnehmung der Wertigkeit sowie positive gesundheitliche Auswirkungen gesteigert werden. Andererseits können die ökonomischen Einsparungen in den Einkauf von Fleisch, das ausschließlich aus artgerechter Tierhaltung stammt, investiert werden. Auch hier ist Transparenz entlang der gesamten Kette essenziell. Jeder Mensch, der Fleisch isst, sollte sich der Auswirkungen auf Tiere, Mitmenschen, individuelle Gesundheit und Umwelt bewusst sein.

Veranstaltungen, die von der Stadt Wien ausgerichtet werden, sollen überwiegend pflanzliche Gerichte anbieten. Das Programm ÖkoEvent²⁰ soll dazu mit angepassten Kriterien für alle städtischen Veranstaltungen verpflichtend sein. Derzeit müssen mindestens 50 % der Speisen vegetarisch / vegan sein, dieser Anteil soll auf mindestens 75 % aller Speisen bis 2022 erhöht werden.

Als pflanzliche Eiweißquelle soll im Ackerbau ein Fokus auf Leguminosen gelegt werden, wobei darauf zu achten ist, dass regional angepasste Sorten gewählt werden.

e) Vorteilhaftes Lebensmittelangebot schaffen

Werden Produkte mit sehr unterschiedlich hohen Auswirkungen auf Umwelt und Mensch nebeneinander angeboten, werden Menschen aus diversen Gründen ihre persönliche Wahl treffen. Diese Wahl und die dadurch entstehenden externen Effekte hängen von einer Vielzahl von Faktoren wie Bildungsstand oder Zeitressourcen ab. Da die Verantwortung für die Folgen dieser oft hastig getroffenen Entscheidungen nicht allein bei Endkonsument*innen liegen darf, ist es dringend notwendig, entsprechende erleichternde Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Angebot an Lebensmitteln muss so gestaltet werden, dass die beste Wahlmöglichkeit eine von vielen guten Wahlmöglichkeiten wird.

Vielfältige Unterstützungsangebote (und sei es durch die Senkung anderer Lebenshaltungskosten) sollen Menschen, die bisher auf Sozialmärkte oder Essensausgaben angewiesen waren, einen selbstbestimmten Zugang zu Lebensmitteln ermöglichen. Hier ist insbesondere auch die Stadt Wien gefordert, entsprechende Unterstützungsangebote zu schaffen, die Selbstbestimmung fördern und gegen die Verfestigung sozialer Ungleichheiten antreten. Die Erhöhung der Mindestsicherung sowie des Arbeitslosengeldes und eine Anhebung der Mindestlöhne können zur Entlastung der finanziellen Situation beitragen.

¹⁸ Ernährungsrat Wien (2020): Positionspapier Gemeinschaftsverpflegung in Wien. Online. https://ernaehrungsrat-wien.at/wp-content/uploads/4_PP_Gemeinschaftsverpflegung_ERW_V1-1.pdf

¹⁹ Pieper, M., Michalke, A., Gaugler, T. (2020): Calculation of external climate costs for food highlights inadequate pricing of animal products. Nature Communications 11, (6117).

²⁰ Informationen zum Programm ÖkoEvent unter <https://www.oekoevent.at/online-checkliste-fuer-oekoevents>

Snacks mit sehr hohem Salz-, Zucker- oder Fettanteil dort zu platzieren, wo Aufmerksamkeit besonders leicht erzielt werden kann, muss verboten werden. Auf diese Art werden oftmals ungesunde, aber teure Kalorien eingekauft. Entsprechend sollte auch das Angebot von Schulkiosks und anderen Orten, die besonders Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten in Wien ansprechen, so gestaltet werden, dass gesunde und umweltfreundliche Snacks und frisches Obst und Gemüse bevorzugt platziert und zugänglich gemacht werden. Bereits verfügbare Hilfestellung zur Umsetzung eines gesundheitsfördernden Angebots, wie beispielsweise der Automaten- oder Schulbuffet-Check von Sipcan²¹, sollen als Orientierung auf dem Weg zur verpflichtenden Umsetzung an Wiener Schulen und Freizeiteinrichtungen dienen.

Um besonders Familien mit niedrigem Einkommen zu entlasten und gleichzeitig gesundheitsförderndes Ernährungsverhalten zu stärken, kann die kostenlose Mittagsverpflegung von Kindergartenkindern und Schüler*innen dienen. Dabei sollte neben der Umsetzung bedarfsorientierter Speisepläne besonders der Anteil pflanzlicher Lebensmittel (wie oben beschrieben) erhöht und der Anteil verarbeiteter Lebensmittel so gering wie möglich gehalten werden (mehr zu den dafür erforderlichen Voraussetzungen in Großküchen siehe Positionspapier Gemeinschaftsverpflegung²²).

f) Ernährungsbildung umsetzen

Um die Komplexität der vorherrschenden Agrar- und Ernährungssysteme verstehen zu können, braucht es ein hohes Maß an Wissen über Produktions- und Verarbeitungsprozesse und deren Auswirkungen auf die Umwelt, über Handelsstrukturen, Kennzeichnung und Zubereitung von Lebensmitteln sowie die gesundheitlichen Folgen des Konsums. Das ist keine leichte Aufgabe, weder im Kontext von Kinder- und Jugendbildung noch in der Erwachsenenbildung.

Im schulischen Kontext wird Bildung rund um Lebensmittel und Ernährung sowie deren Auswirkung auf Umwelt und Gesellschaft jedoch derzeit keine ausreichende Aufmerksamkeit geschenkt. Wir fordern daher die verbindliche Integration dieser Themen in den Lehrplan aller Schulstufen, wobei der Schwerpunkt auf fächerübergreifende Vermittlung sowie innovative Formate gelegt werden sollte. Gerade in Zeiten von wachsendem Klimabewusstsein der jüngeren Generationen ergeben sich hier große Potenziale durch die Überlappung einer gesundheitsfördernden und klimaschonenden Ernährungsweise. Diese Zusammenhänge sollten im Sinne eines sozial-ökologischen Ansatzes altersgerecht explizit gemacht werden. Eine Orientierung können bereits realisierte Ansätze wie der Whole School Approach²³ oder Food for Life²⁴ darstellen.

Landwirtschaft auch zu „erleben“, beispielsweise durch Besuche landwirtschaftlicher Betriebe oder innovativer Bildungsprojekte, wie das „Welt.Teller.Feld²⁵“, stellen für Menschen aller Altersgruppen jedenfalls einen wichtigen Faktor dar.

Statt passiv Lebensmittel zu konsumieren, deren Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier nicht fassbar sind, sollen sich die Menschen in Wien selbstbestimmt ernähren können. Transparenz entlang der gesamten Produktions- und Wertschöpfungskette kann maßgeblich dazu beitragen.

²¹ Informationen zum Sipcan Automaten und Schulbuffet Check unter <https://www.sipcan.at/automaten> sowie <https://www.sipcan.at/schulbuffet>

²² Ernährungsrat Wien (2020): Positionspapier Gemeinschaftsverpflegung in Wien. Online. https://ernaehrungsrat-wien.at/wp-content/uploads/4_PP_Gemeinschaftsverpflegung_ERW_V1-1.pdf

²³ Informationen zum Whole School Approach von WWF unter <https://wwf.panda.org/?235233/Whole-School-Approach-Manual>

²⁴ Informationen zu Food for Life - The Soil Association unter <https://www.foodforlife.org.uk/schools/school-food-plan>

²⁵ Informationen zum Welt.Teller.Feld unter www.welttellerfeld.at